Vertretung in Deutschland
www.ec.europa.eu/deutschland

Europäische Kommission

#07 2023

EU-NACHRICHTEN

KURZ & KNAPP

Menschenrechte
Borrell kritisiert Haft-Urteil für russischen Oppositionellen
>> 3

Abwehr
EU-Kommission legt Gesetz zur Cyber-Sicherheit vor
>> 4

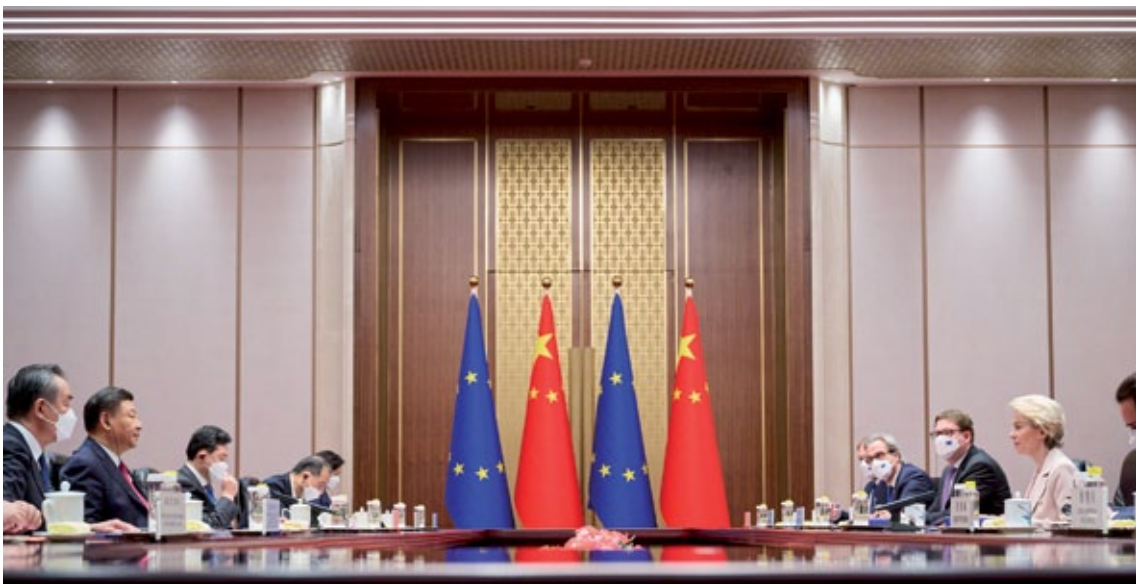
Europa vor Ort
Hamburger Start-up entwickelt umweltfreundliche Verpackungen
>> 6

FRIEDENSFAZILITÄT

EU stellt 1 Milliarde Euro für Munition bereit

Die Mitgliedstaaten der EU haben im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität (EFF) 1 Milliarde Euro für die ukrainischen Streitkräfte gebilligt. Aus den Mitteln können Munitionslieferungen der EU-Staaten an die Ukraine erstattet werden. Beim Gipfel der Staats- und Regierungschefs im März hatte die EU eine Million Schuss Artillerie-Munition zugesagt. Josep Borrell, der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, sprach von einem weiteren klaren Beweis „für die Entschlossenheit der EU, das legitime Recht der Ukraine auf Selbstverteidigung gegen den brutalen russischen Aggressor zu unterstützen". Die *Europäische Friedensfazilität* wurde 2021 eingerichtet, um Partner der EU in den Bereichen Militär und Verteidigung zu unterstützen.

Ukraine



Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, hier bei Gesprächen in Peking, setzt sich für diplomatische Stabilität und eine offene Kommunikation mit China ein.

© European Union 2023

AUSSENPOLITIK

Von der Leyen legt Grundsätze zur China-Politik vor

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat zu einer Neubewertung der Beziehungen der EU zu China aufgerufen. Von der Leyen erklärte: „Wir müssen diese Beziehungen auf der Grundlage von Transparenz, Berechenbarkeit und Gegenseitigkeit neu austarieren." Die Präsidentin fügte hinzu, es „ist von entscheidender Bedeutung, dass wir diplomatische Stabilität und eine offene Kommunikation mit China sicherstellen."

Von der Leyen war Anfang April nach China gereist und dort zu persönlichen Unterredungen mit Ministerpräsident Li Keqiang und Staatspräsident Xi Jinping zusammengekommen. Gemeinsam mit Frankreichs Präsident Emmanuel Macron, der zeitgleich in Peking war, traf von der Leyen zudem Xi zu einem Dreier-Gespräch. Vor ihrer Abreise hatte die Präsidentin in einer *Grundsatzrede* die Beziehungen der EU zu China dargelegt und betont: „Wir müssen uns auf die Risikominderung anstatt Entkopplung konzentrieren."

China gehört zu den wichtigsten Handelspartnern der EU. Im vergangenen Jahr entfielen 9 Prozent der europäischen Exporte und 20 Prozent der europäischen Importe auf den Handel mit dem Land. Mit Blick auf diese Daten sagte die Präsidentin, „es ist weder machbar, noch im Interesse Europas, sich von China abzukoppeln".

Als Mittel zur Risikominderung schlug von der Leyen unter anderem vor:

Stärkere europäische Resilienz: Einseitige Abhängigkeiten der EU von China sollen verringert werden. So schlug die Kommission einen *grünen Industrieplan* zur Stärkung sauberer Technologien vor. Das Ziel: Bis 2030 sollen 40 Prozent der grünen Schlüsseltechnologien wie Windturbinen, Solarzellen oder Wärmepumpen aus Europa stammen. Hinzu kommt eine Initiative zur Versorgungssicherheit mit *kritischen Rohstoffen* wie Lithium, die entscheidend sind für den Ausbau neuer Technologien, etwa der Batteriefertigung.

>>

> *Chinas Einfluss erstreckt sich über alle Kontinente und globalen Institutionen – und Chinas Ambitionen sind noch nicht am Ende.*
>
> *Ursula von der Leyen, EU-Kommissionspräsidentin*

Kritik an Chinas Position zu Russlands Krieg in der Ukraine

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sieht die chinesische Position zu Russlands Angriffskrieg in der Ukraine kritisch. „Ein Friedensplan, der russische Annexionen faktisch konsolidiert, ist kein tragfähiger Plan", sagte sie in ihrer Grundsatzrede zu den europäisch-chinesischen Beziehungen.

Zugleich stellte die Präsidentin klar, dass nur die Ukraine selbst die Bedingungen für einen gerechten Frieden festlegen kann und dass der Abzug feindlicher Truppen dazugehört. Chinas Positionierung gegenüber dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine werde die Beziehungen zwischen der EU und China entscheidend beeinflussen, so von der Leyen.

>>

Schärfere Abwehrinstrumente: Bereits seit 2020 greift in der EU eine Überprüfung *ausländischer Direktinvestitionen* sowie eine Exportkontrolle von Gütern, die sowohl zivil als auch militärisch genutzt werden können. So wird in Deutschland derzeit eine Minderheitsbeteiligung des chinesischen Konzerns Cosco an einem Terminal im Hamburger Hafen bewertet. Von der Leyen rief zu einem geschlossenen Vorgehen auf: „Jetzt brauchen wir Einheit auf EU-Ebene für eine mutigere und schnellere Nutzung dieser Instrumente." Die Präsidentin nannte auch den Schutz der kritischen Infrastruktur, etwa beim Ausbau der 5G-Netze. Die Kommission prüft zudem neue Abwehrinstrumente in sensiblen Bereichen wie Mikroelektronik oder Künstlicher Intelligenz. Von der Leyen warnte: „Wir müssen sicherstellen, dass das Kapital, der Sachverstand und das Wissen unserer Unternehmen nicht dazu genutzt werden, die militärischen und nachrichtendienstlichen Fähigkeiten derjenigen zu stärken, die für uns auch systemische Rivalen sind."

Engere Abstimmung mit Partnern: „Bei Fragen, die unsere wirtschaftliche Sicherheit betreffen, haben wir viele Gemeinsamkeiten mit unseren Partnern in der ganzen Welt", sagte von der Leyen. Sie rief zu einer engeren Zusammenarbeit mit Europas Partnern auf, sei es im Bereich der G7, der G20 oder durch neue Handelsabkommen mit Ländern wie Australien, Indien sowie dem südamerikanischen Handelsverbund Mercosur und Ländern aus dem Kreis der ASEAN-Staaten.

Stärkere Diplomatie: „Nur, wenn wir die Welt so begreifen, wie sie ist – und nicht so, wie wir sie uns vielleicht wünschen –, können wir eine fundierte Politik betreiben", sagte die Präsidentin. Sie rief zu einem kritischen und offenen Dialog mit China auf, etwa über Menschenrechte.

CHINA AGIERT ZUNEHMEND REPRESSIVER

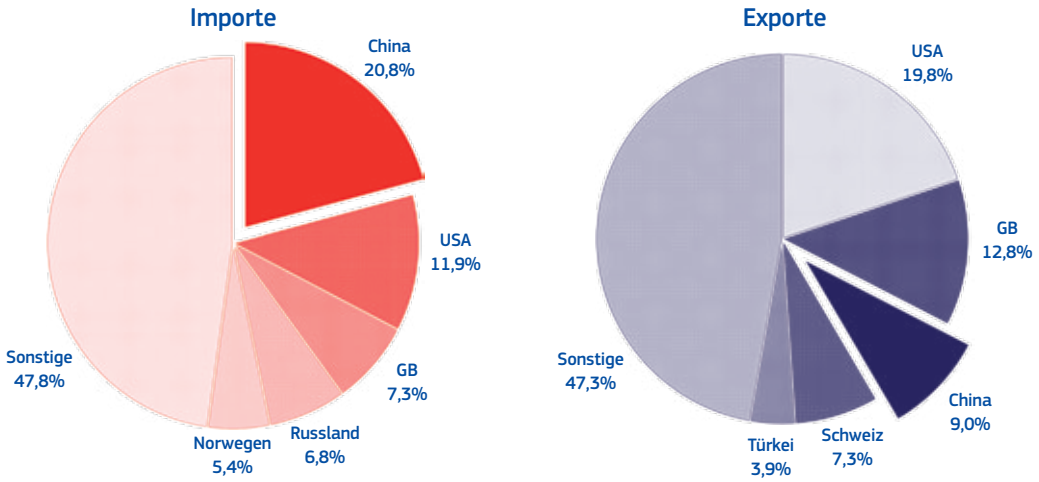
Die EU und China hatten 2020 ein *Investitionsabkommen* vereinbart – das Comprehensive Agreement on Investment (CAI). Die Ratifizierung des Abkommens ruht, unter anderem, weil China Einreisesanktionen gegen Mitglieder des Europäischen Parlaments verhängt hat. Bereits 2019 war die EU in einer Grundsatz-Analyse zum Schluss gekommen, dass China vieles zugleich ist: ein Partner, mit dem die EU abgestimmte Ziele etwa beim Klimaschutz verfolgt, ein wirtschaftlicher Konkurrent und ein *systemischer Rivale*.

„Wir müssen anerkennen, dass sich die Welt und China in den letzten drei Jahren beträchtlich verändert haben", analysierte von der Leyen. China trete nach innen repressiver und nach außen selbstbewusster auf: „Das klare Ziel der Kommunistischen Partei ist ein systemischer Wandel der internationalen Ordnung, in deren Mittelpunkt China steht." (pr)

Beziehungen EU-China

China gehört zu den wichtigsten Handelspartnern der EU

Anteile an den EU-Importen und -Exporten 2022



Quelle: Eurostat

MENSCHENRECHTE

Borrell kritisiert Haft-Urteil für russischen Oppositionellen

Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell hat die Verurteilung des russischen Oppositionellen und Demokratie-Aktivisten Wladimir Kara-Mursa scharf verurteilt.

© dpa

Borrell erklärte: „Die ungeheuerlich harte Gerichtsentscheidung zeigt wieder, dass die Justiz politisch missbraucht wird, um Aktivisten, Menschenrechtsverteidiger und alle Stimmen, die sich gegen den unrechtmäßigen russischen Aggressionskrieg gegen die Ukraine aussprechen, unter Druck zu setzen." Ein Moskauer Gericht hat Kara-Mursa zu 25 Jahren Haft verurteilt. Er hatte den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine als solchen benannt und verurteilt. Borrell verwies auf fehlende Rechtstandards bei dem Verfahren der russischen Justiz und forderte die sofortige Freilassung Kara-Mursas. Die EU stehe solidarisch an der Seite von allen, die in Russland von den Behörden politisch verfolgt, festgenommen oder eingeschüchtert werden, weil sie sich für die Menschenrechte einsetzen, die Wahrheit sagen und das Regime kritisieren.

Erklärung

BANKENUNION

EU-Kommission will Sparguthaben besser schützen

Die EU-Kommission hat ein Paket vorgelegt, um Bankeinlagen besser zu schützen. So wird die europaweite Einlagensicherung für Ersparnisse von 100.000 Euro auch auf die Bankguthaben öffentlicher Einrichtungen wie Schulen und Kliniken ausgeweitet. Für *Einmal-Transaktionen* sollen Bankeinlagen künftig für sechs Monate auch bis zu einer Höhe von 500.000 Euro abgesichert werden, etwa wenn Lebensversicherungen ausgezahlt werden. Ziel ist, in Krisenzeiten den raschen Abfluss von Kapital bei einzelnen Banken zu verhindern. Valdis Dombrovskis, Exekutiv-Vizepräsident der EU-Kommission, *erklärte*, er hoffe, dass die Vorschläge den Weg für die Vollendung der Bankenunion ebnen. Die *Bankenunion* war 2014 vereinbart worden. Sie sieht einheitliche Regeln für Spareinlagen und für die Abwicklung von Banken vor. Als Reaktion auf jüngste Bankenpleiten in den USA und der Schweiz schlägt die EU-Kommission auch einheitlichere Regeln bei der Abwicklung von Kreditinstituten vor, die in Schieflage geraten sind. Neben rund hundert Großbanken sollen künftig auch kleinere und mittlere Institute vom *Einheitlichen Abwicklungsmechanismus* der EU – Single Resolution Mechanism (SRM) – erfasst werden.

Bankenstabilität

HALBLEITER-PRODUKTION

Breton begrüßt Einigung auf europäisches Chip-Gesetz

Mitgliedstaaten und Europäisches Parlament haben eine Initiative der EU-Kommission zum Aufbau einer europäischen Halbleiter-Industrie gebilligt. EU-Binnenmarktkommissar Thierry Breton kommentierte die Einigung so: „Europa nimmt sein Schicksal selbst in die Hand."

Die EU-Kommission hatte im Februar vergangenen Jahres ein europäisches Chip-Gesetz vorgeschlagen. Ziel ist, den europäischen Anteil an der weltweiten Produktion von Mikrochips von derzeit 10 Prozent auf 20 Prozent im Jahr 2030 zu verdoppeln. Dazu werden rund 43 Milliarden Euro mobilisiert. In Deutschland werden unter anderem in Magdeburg und im saarländischen Ensdorf neue Chip-Fabriken entstehen. Breton bekräftigte, „Halbleiter sind wesentliche Bausteine der Technologien, die unsere Zukunft, unsere Industrie und unsere Verteidigungsbasis gestalten werden".

Chip-Produktion

KULTURDENKMÄLER 2023

Schwesternhäuser Kleinwelka als gefährdetes Kulturgut gelistet

Die EU-Kommission hat die Schwesternhäuser im sächsischen Kleinwelka in die Liste der sieben am stärksten gefährdeten Kulturdenkmäler 2023 in Europa aufgenommen. Mariya Gabriel, EU-Kommissarin für Innovation, Forschung, Kultur, Bildung und Jugend, sagte: „Wir müssen weiterhin das Bewusstsein für die Bedeutung des kulturellen Erbes für unsere europäische Identität und für die Erreichung einer nachhaltigen Entwicklung schärfen." Die freikirchliche Herrnhuter-Gemeinde in Kleinwelka nahe Bautzen geht auf Glaubensflüchtlinge aus Mähren zurück. Sie schufen im 18. Jahrhundert ein einzigartiges Ensemble an Holzbauten. Mit der Einstufung als gefährdetes Kulturdenkmal unterstützt die EU-Kommission auch das lokale Engagement für den Erhalt der akut gefährdeten Gebäude. Zu den bedrohten Kulturdenkmälern 2023 gehören auch der Bahnhof im belgischen Kortrijk und der Memento-Park in Budapest/Ungarn. Alle sieben ausgewählten Projekte erhalten 10.000 Euro, unterstützt wird das Ganze von der Kultur-Initiative Europa Nostra und der Europäischen Investitionsbank EIB.

Kulturerbe

HYBRIDE BEDROHUNG

EU-Kommission legt Gesetz zur Cyber-Sicherheit vor

Die EU-Kommission hat einen Vorstoß zur Cyber-Sicherheit vorgelegt, um die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten bei der Cyber-Abwehr zu stärken. Insgesamt sollen rund 1,1 Milliarden Euro mobilisiert werden, um Behörden, Unternehmen und Haushalte in Europa vor Cyber-Attacken aus dem Netz zu schützen. Margrethe Vestager, Exekutiv-Vizepräsidentin der EU-Kommission, *sagte*: „Cyber-Sicherheit ist eine absolute Notwendigkeit."

> *Unsere Erfolgschancen bei der Cyber-Sicherheit hängen von unserer Fähigkeit ab, gemeinsam zu handeln.*
>
> *Margrethe Vestager, Exekutiv-Vizepräsidentin der EU-Kommission*

Die Cyber-Attacken nehmen zu. Die EU-Kommission hat daher ein neues Gesetz vorgelegt, um Behörden, Unternehmen und Haushalte in Europa vor den Angriffen aus dem Internet zu schützen.

© Shutterstock

ZAHL DER ATTACKEN STEIGT

Die Angriffe aus dem Internet nehmen zu. So wurde vor zwei Jahren in Irland die IT des Gesundheitssystems lahmgelegt. In Deutschland traf es zuletzt Anfang April mehrere Landesverwaltungen. Mal werden bei Cyber-Attacken durch Spezialprogramme (Ransomware) die Daten gleich ganz übernommen, mal die Seiten durch so viele Zugriffe attackiert, dass die Portale zusammenbrechen (Denial of Service - DoS). Vestager zufolge meldeten im vergangenen Jahr rund ein Drittel der kleinen und mittleren Unternehmen in Europa Hacker-Angriffe aus dem Netz, das russische Vorgehen seit dem Überfall auf die Ukraine unterstreiche zudem die zunehmende Gefahr staatlicher Cyber-Attacken.

Die EU-Kommission dringt deshalb darauf, die Kräfte in Europa zu bündeln. Das Gesetz zur Cyber-Sicherheit sieht unter anderem vor:

Aufbau eines Cyber-Sicherheitsschilds: Angestrebt werden spezielle Cyber-Sicherheitszentren in den Mitgliedstaaten. Diese Security Operation Centers (SOCs) sollen im kommenden Jahr voll einsatzbereit sein und Attacken aus dem Cybernet aufspüren, etwa durch den Einsatz Künstlicher Intelligenz. Behörden und andere Einrichtungen können dadurch frühzeitig auf Angriffe aus dem Netz reagieren.

Cyber-Notfallmechanismus: Die EU-Kommission regt an, eine Cyber-Sicherheitsreserve aufzubauen, die auch private Dienstleister umfasst. Erfolgt ein Hacker-Angriff, kann ein Mitgliedstaat auf diese Kapazitäten zurückgreifen. Stete Stresstests sollen zudem mögliche Sicherheitslücken aufdecken, etwa im Bereich der kritischen Infrastruktur wie Verkehr oder Gesundheitsverwaltung. Angriffe aus dem Netz sollen zudem im Nachhinein stetig analysiert werden.

Cyber-Akademie: In der EU fehlen rund 260.000 Fachleute im Bereich der IT-Sicherheit. Die EU-Kommission schlägt deshalb den Aufbau einer EU-Akademie für Cyber-Sicherheitskompetenzen vor. Die Einrichtung soll Wissen bündeln, Ausbildungsprogramme entwerfen und bestehende Forschungsinitiativen auf einer Internetseite bündeln.

MEHRERE INITIATIVEN BEREITS GESTARTET

Zum Jahresbeginn waren in der EU zwei Regelungen in Kraft getreten, um kritische Infrastruktur in Europa besser vor Sabotageakten zu schützen. Die *NIS-2-Richtlinie* für ein hohes gemeinsames Cyber-Sicherheitsniveau setzt auf den strengeren Schutz von elektronischen Kommunikationsnetzen, Rechenzentren oder Einrichtungen der Verwaltung. Zudem wird die Meldepflicht für Cyber-Attacken gestrafft. Die Regelung über die *Resilienz kritischer Einrichtungen* (Critical Entities Resilience - CER) verpflichtet die Mitgliedstaaten, wichtige Anlagen in Bereichen wie Verkehr, Trinkwasser oder Banken zu identifizieren und vor Ausfall – sei es durch Sabotage oder Naturkatastrophen – besser zu schützen.

Bereits 2020 hatte die EU-Kommission eine Strategie zum Ausbau der Cyber-Sicherheit vorgelegt. Im vergangenen November folgte eine Initiative dazu. Ziel ist es, die Abwehr-Aktivitäten mit Partnern wie der Nato auszubauen. Zudem sollen die Mitgliedstaaten ihre Investitionen in Cyber-Abwehr deutlich erhöhen. EU-Binnenmarktkommissar Thierry Breton sieht es an der Zeit, „unsere Zusammenarbeit im Bereich der Cyberabwehr zu verstärken, um zu schützen, aufzudecken, zu verteidigen und abzuschrecken". (pr)

Cyber-Abwehr

JAHR DER KOMPETENZEN

EU-Kommission setzt auf Stärkung der digitalen Fähigkeiten

Zum Europäischen Jahr der Kompetenzen hat die EU-Kommission zwei Initiativen vorgelegt, um die digitalen Fähigkeiten der Bevölkerung zu fördern. In einem Pilotprojekt sollen zudem die Grundlagen für ein europäisches Zertifikat für digitale Kompetenzen erarbeitet werden, das europaweit die Anerkennung erworbener digitaler Fähigkeiten garantiert. Mariya Gabriel, EU-Kommissarin für Innovation, Forschung, Kultur, Bildung und Jugend, *erklärte* zur digitalen Bildung: „Wir müssen mehr machen. Und wir müssen besser werden."

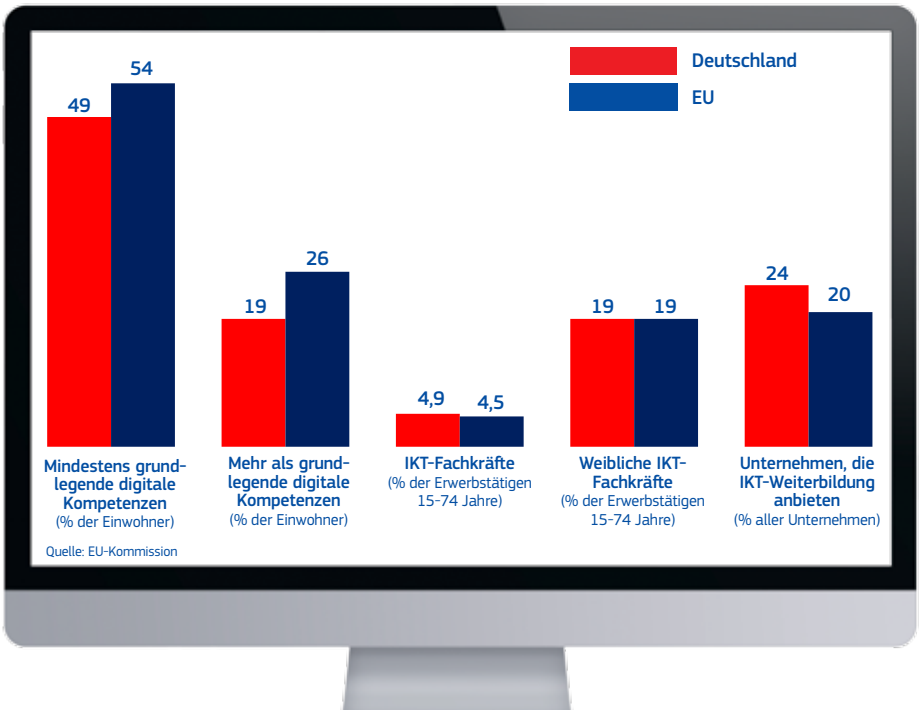
Digitale Fertigungstechnologien stellen höhere Anforderungen an die Beschäftigten. © Shutterstock

MEHR FRAUEN IN IT-BERUFEN

Digitale Fähigkeiten sind entscheidend – vom Online-Shopping über digitale Behördengänge bis hin zu sich ändernden Anforderungen im Beruf. Doch belegt der *Index für digitale Wirtschaft und Gesellschaft (DESI)*, dass nur knapp jeder Zweite in Europa über grundlegende digitale Fähigkeiten verfügt. Zugleich geben zwei Drittel der Unternehmen in Europa an, dass digital nicht ausreichend geschultes Personal weitere Investitionen bremst. Die EU-Kommission hatte deshalb die Jahre bis 2030 zur *digitalen Dekade* erklärt. Margrethe Vestager, Exekutiv-Vizepräsidentin der EU-Kommission, betonte in Straßburg: „Wir wollen bis 2030 mindestens 80 Prozent aller Erwachsenen zumindest digitale Grundkenntnisse vermitteln — und ein Europa, das bis dahin 20 Millionen IT-Fachleute vorweisen kann, darunter deutlich mehr Frauen."

Deutschland über dem EU-Durchschnitt bei *IKT-Fachkräften*

Ergebnisse nach dem Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft (DESI) 2022



Zum Ausbau der Digitalkompetenzen schlägt die EU-Kommission den Mitgliedstaaten ein gemeinsames Vorgehen vor. Dies sieht unter anderem vor:

Besserer Zugang zur Weiterbildung: Digitale Neuerungen stellen stetig neue Anforderungen – auch an Beschäftigte. Die EU-Kommission will die Weiterbildung stärken. So werden die Mitgliedstaaten ermuntert, nationale Bildungspläne zum Ausbau der digitalen Fähigkeiten zu erarbeiten. Ziel ist es, den Zugang zur Weiterbildung zu erleichtern und gemeinsame Standards für das Lehrpersonal zu etablieren.

Bessere Bildungschancen: Von der Kita über die Schule bis zu beruflicher Bildung und Hochschule soll der Zugang zu digitaler Bildung in Europa gestärkt werden. Das reicht vom Zugang zum Hochgeschwindigkeits-Internet für Schulen bis zum Ausbau des Informatik-Unterrichts. Angestrebt wird auch, dass sich Mitgliedstaaten untereinander über erfolgreiche Bildungsprogramme stärker austauschen.

Europäisches Zertifikat: In einem Pilotversuch mehrerer Mitgliedstaaten wie Spanien, Österreich und Finnland werden gemeinsame Standards für ein europäisches Zertifikat für digitale Kompetenzen – European Digital Skills Certificate (EDSC) – erstellt. Von 2024 an soll das Zertifikat dann die europaweite Anerkennung erworbener Digitalfähigkeiten garantieren.

EUROPÄISCHES JAHR DER KOMPETENZEN

Twin Transition – doppelter Übergang – nennen Fachleute die Herausforderungen für Unternehmen und Beschäftigte durch die Digitalisierung und die Wende zu einer klimaneutralen Wirtschaft. Auf Initiative von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen rief die EU deshalb das Jahr 2023 zum *Europäischen Jahr der Kompetenzen* aus. Einer der Schwerpunkte: die Stärkung der digitalen Kompetenzen. (pr)

Digitale Bildung

EUROPA VOR ORT

Hamburger Start-up entwickelt umweltfreundliche Verpackungen – mit Unterstützung der EU

Martin Weber hat einen festen Grundsatz. Der Unternehmer aus Hamburg sagt: „Für uns gilt: Wir machen nichts für die schwarze Tonne." Schluss also mit unnötigem Restmüll aus Verpackungsabfällen. Deshalb gründete Weber vor knapp drei Jahren gemeinsam mit Claire Hae-Min Gusko das Unternehmen one.five. Das Ziel: die Entwicklung umweltfreundlicher und natürlich abbaubarer Verpackungen.

Entwickelt leicht recycelbare Verpackungslösungen aus Papier – das Team von one.five.

© one.five

Im Durchschnitt landen in der EU rund 178,1 Kilogramm Verpackungsmaterial pro Kopf im Müll. Dabei entfallen 40,6 Prozent auf Pappe und Papier und 19,4 Prozent auf Plastik. Deutschland liegt mit jährlich rund 227 Kilo Verpackungsmüll pro Kopf in der EU auf Platz 2 hinter Irland (228 Kilo); auf Rang 3 folgt Luxemburg (217 Kilogramm).

STETER BLICK AUF NEUE FORSCHUNGSERGEBNISSE

Martin Weber, 36, und Claire Hae-Min Gusko, 31, sind angetreten, das mit ihrem Start-up zu ändern. „Wir konzentrieren uns auf alles rund um den Baum", erklärt Weber, oder um es in der Sprache der Fachleute zu sagen: faserbasierte Lösungen aus Papier für Verpackungen. Die sind leicht recycelbar.

Nun ist Papier nicht gleich Papier. Und Ware nicht gleich Ware. Mal muss ein Getränk kühl und trocken gehalten werden, mal Senf, Mayo oder Ketchup in ein innen umweltfreundlich beschichtetes Tütchen aus Papier. Oder eine Creme in eine spezielle nachhaltige Verpackung. Für all diese Herausforderungen suchen Weber und sein Team Lösungen. Aus Papier, beschichtet mit Biokunststoffen – etwa aus Algenmaterial. Dabei schaut das junge Unternehmen stets auf neue Entwicklungen in Hochschullaboren oder Forschungseinrichtungen – und auf die Anforderungen der Wirtschaft. Weber erklärt: „Wir verstehen uns als Brücke zwischen Forschung und Entwicklung sowie Unternehmen, die nach umweltfreundlichen Verpackungslösungen suchen." Dabei forscht one.five auch selbst. Mehr als die Hälfte der 42 Beschäftigten des Start-ups arbeitet im Bereich Forschung und Entwicklung.

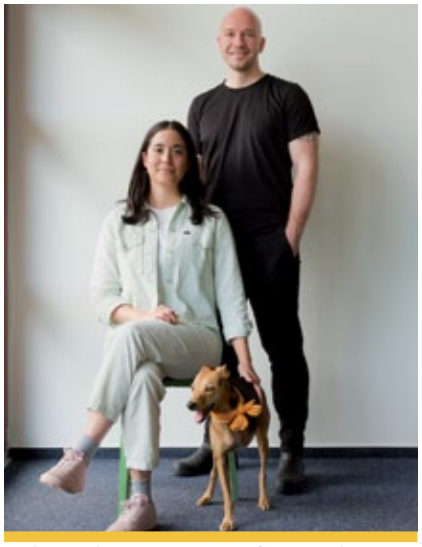
Die Europäische Union unterstützt das norddeutsche Gründerteam, unter anderem mit Mitteln aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung *(EFRE)*. Doch geht es nicht allein ums Geld. Bereits 2020 verabschiedete die EU-Kommission einen *Aktionsplan zur Kreislaufwirtschaft*. Vor zwei Jahren folgte das Aus für Einweg-Plastik wie Trinkhalme und Geschirr. Im vergangenen Herbst legte die EU-Kommission nach und stellte einen Vorschlag für die Klassifizierung von biobasierten und biologisch abbaubaren Kunststoffen vor. Zeitgleich erfolgte eine *Initiative zur Verringerung von Verpackungen und Verpackungsmüll*. Virginijus Sinkevičius, EU-Kommissar für Umwelt, sagte: „Nachhaltigere Verpackungen und Biokunststoffe bringen neue Geschäftschancen im Zuge des grünen und digitalen Wandels, Innovationen und neue Kompetenzen, Arbeitsplätze vor Ort und Einsparungen für Verbraucher."

RÜCKENWIND AUS BRÜSSEL

Bei one.five nutzen sie diese Chance. Weber sagt: „Die Initiativen der EU-Kommission sind natürlich ein riesiger Rückenwind für unsere Vorhaben." Dabei hat sich das Start-up selbst den Zielen des Klimaschutz verpflichtet. „one.five – sprich One-Point-Five – steht für das Ziel, die Erderwärmung bis Ende des Jahrhunderts auf maximal 1,5 Grad Celsius zu begrenzen", erläutert der Gründer.

Längst sind die norddeutschen Materialneuerungen in vielen umweltfreundlichen Verpackungen des Alltags zu finden – von Saucen-Sachets im Schnellrestaurant bis zu Shampoo-Flaschen. Nur bekommt davon kaum jemand etwas mit. one.five arbeitet im Stillen an guten Lösungen. Funktioniert im Stillen. Und wirkt damit fast ein bisschen wie Europa. (pr)

Weniger Müll



Suchen nach grünen Lösungen für Verpackungen: die Gründer Martin Weber und Claire Hae-Min Gusko. © one.five

Europa in Zahlen

30,70 Euro betragen im europäischen Durchschnitt die Lohnstundenkosten in der EU. Das geht aus einer Analyse der europäischen Statistikbehörde Eurostat für das Jahr 2022 hervor. Am niedrigsten waren die Stundenkosten demnach in Bulgarien (8,20 Euro) und Rumänien (9,50 Euro). Am höchsten in Luxemburg (50,7 Euro), Dänemark (46,8 Euro) und Belgien (43,50 Euro). Deutschland liegt mit durchschnittlichen Lohnkosten von 39,50 Euro pro Stunde im oberen Drittel der EU-Mitgliedstaaten.

Am stärksten stiegen die Stundenkosten im vergangenen Jahr in Bulgarien (plus 15,3 Prozent), Ungarn (13,9 Prozent) und Rumänien (12,2 Prozent). Deutschland lag mit einem Anstieg von knapp 6 Prozent leicht über dem durchschnittlichen Zuwachs von 5 Prozent.

Lohnkostenentwicklung

Terminvorschau

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> **22.04.2023** 13.00–20.00 Uhr	**„LUX-Publikumspreis 2023“** 2 Filme & Talk bei freiem Eintritt **Veranstalter:** Europäisches Parlament, Verbindungsbüro in München	City Kino München Sonnenstraße 12 **80331 München**	www.europarl.europa.eu/germany/de/verbindungsb%C3%BCrom%C3%BCnchen/lux23_muenchen
> **24.04.2023** 09.15–10.45 Uhr	**„Welche Rolle spielt die Europäische Union für unsere Arbeitswirklichkeit?“** Diskussionsveranstaltung **Veranstalter:** EuropaPunktBremen	EuropaPunktBremen Am Markt 20 **28195 Bremen**	https://europapunktbremen.de/events/welche-rolle-spielt-die-europaeische-union-fuer-unsere-arbeitswirklichkeit/
> **25.04.2023** 19.15–20.15 Uhr	**„Europapolitik der Bürgerschaftsfraktionen“** Diskussionsveranstaltung **Veranstalter:** EuropaPunktBremen	EuropaPunktBremen Am Markt 20 **28195 Bremen**	https://europapunktbremen.de/events/europapolitik-der-buergerschaftsfraktionen/
> **27.04.2023** 18.00–20.00 Uhr	**„Deutsch-Polnische Zusammenarbeit“** Informationsveranstaltung **Veranstalter:** EuropaPunktBremen	Landeszentrale für politische Bildung Birkenstraße 20/21 **28195 Bremen**	https://europapunktbremen.de/events/europapunktbremen-und-deutsch-polnische-zusammenarbeit/
> **27.04.2023** 19.30–21.00 Uhr	**„Die Zukunft der Außenpolitik ist feministisch“** Autorinnenlesung Kristina Lunz **Veranstalter:** Europäisches Parlament, Verbindungsbüro in München	Pöge Haus Leipzig Hedwigstraße 20 **04315 Leipzig**	https://cloud.europa-union.de/index.php/apps/forms/s/2GDENYjMeKkDYdpyDpbdijqA
> **30.04.2023** 11.00–19.30 Uhr	**„LUX-Publikumspreis 2023“** 3 Filme bei freiem Eintritt **Veranstalter:** Europäisches Parlament, Verbindungsbüro in München	City Kino München Sonnenstraße 12 **80331 München**	www.europarl.europa.eu/germany/de/verbindungsb%C3%BCrom%C3%BCnchen/lux23_muenchen
> **02.05.2023** 19.00–22.00 Uhr	**„50 Jahre EU-Mitglied Irland“** Informationsveranstaltung in der Europawoche 2023 **Veranstalter:** Europa-Union Kreisverband Mainz-Bingen	Winzerkeller Ingelheim Binger Straße 16 **55228 Ingelheim**	www.europa-union-rlp.de/kreisverbaende/mainz-bingen

>> **Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten_de** <<

IMPRESSUM

Europäische Kommission
Vertretung in Deutschland

© Europäische Union, 2023

Herausgeber:
Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:
Leitung: Jörg Wojahn
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Regionalvertretung in Bonn:
Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:
Bob-van-Benthem-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:
Birgit Schmeitzner, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Peter Riesbeck, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski
MBI Martin Brückner Infosource GmbH & Co. KG • Rudolfstraße 22-24 • 60327 Frankfurt am Main • E-Mail: cp.contact@mbi-infosource.de

Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keinster Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook und folgen Sie uns auf Twitter

DIGITALISIERUNG

Öffentliche Konsultation zu elektronischen Reisedokumenten

© Shutterstock

Der Nachweis für die Corona-Impfungen erfolgt in den meisten Fällen schon digital und ist einfach auf dem Mobiltelefon abrufbar. Auch elektronische Zahlungen im Supermarkt oder im Bistro werden häufig mit dem Handy getätigt. Nun hat die EU-Kommission eine Online-Befragung zur Digitalisierung von Reisedokumenten gestartet. Bis zum 28. Juni können Bürgerinnen und Bürger, Institutionen und Interessenverbände ihre Meinung dazu abgeben, wie dies zu einem reibungslosen Reiseverkehr und zur Sicherheit der Union beitragen könnte.

Die EU-Kommission hatte 2021 eine Initiative gestartet, um persönliche Dokumente wie Ausweis und Führerschein in die digitale EUid-Brieftasche zu überführen. Das erleichtert nicht nur das Reisen für die Bevölkerung im Schengen-Raum, sondern beschleunigt auch die Abfertigung an Flughäfen und bei Grenzübertritten.

Online-Befragung

MARIE-SKŁODOWSKA-CURIE-FÖRDERUNG

Antragsfrist ist angelaufen

Die neue Forschungsrunde für das Marie-Skłodowska-Curie-Programm (MSCA) ist angelaufen. Bis zum 13. September 2023 können sich Forschende mit abgeschlossener Promotion um ein europäisches Stipendium bewerben. Ausgewählt werden rund 1.200 Postdoc-Forschungsvorhaben. Für die Förderung der Arbeiten stehen rund 260 Millionen Euro aus dem Forschungsprogram Horizont Europa bereit.

Das Marie-Skłodowska-Curie-Programm wurde von der EU-Kommission eingerichtet, um die grenzüberschreitende Forschung in Europa zu fördern. Dadurch sollen wissenschaftliche Laufbahnen attraktiver und der Forschungsstandort Europa gestärkt werden. Das Programm soll einen starken Pool europäischer Forschender schaffen. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind bei der Antragstellung frei in der Wahl ihres Themas. Benannt ist das Programm nach der polnisch-französischen Nobelpreisträgerin Marie Skłodowska Curie (1867-1934).

Stipendium

ÖFFENTLICHE BESCHAFFUNG

Neue EU-Plattform vernetzt Auftraggeber

Die Zusammenarbeit und der Wissensaustausch zwischen öffentlichen Auftraggebern in ganz Europa sollen erleichtert und öffentliche Beschaffungsprozesse effizienter gestaltet werden. Dazu hat die Europäische Kommission eine innovative Plattform ins Leben gerufen. Die Public Buyers Community Platform steht allen Akteuren des öffentlichen Beschaffungswesens in Europa offen, etwa Behörden, Industrie, KMU und Hochschulen. Hier können sie sich über bewährte Verfahren austauschen, können Erfahrungen teilen und Herausforderungen diskutieren.

Der Start der Gemeinschaftsplattform ist ein wichtiger Schritt, um Transparenz, Fairness und Wettbewerb im öffentlichen Auftragswesen zu fördern. Sie folgt auf den Start des Datenraums für das öffentliche Auftragswesen, in dem Daten über die Vorbereitung von Ausschreibungen, Ausschreibungen und Ausschreibungsergebnisse gesammelt werden.

Neue EU-Plattform

EIN JAHR RAUSVONZUHAUS-NEWSLETTER

Eurodesk Deutschland verlost Interrail-Global-Pässe

© Shutterstock

Das europäische Jugendinformations-Netzwerk Eurodesk Deutschland feiert: Seit einem Jahr informiert der rausvonzuhaus-Newsletter junge Menschen einmal im Monat über Chancen im Ausland, Erfahrungsberichte und Förderprogramme. Das Interesse an den Informationen ist groß: 2022 wurde der Newsletter über 90.000-mal gelesen. Dafür möchte sich Eurodesk Deutschland bedanken und verlost unter den Abonnentinnen und Abonnenten drei Interrail-Tickets. Mit dem Interrail-Global-Pass können die Gewinnerinnen und Gewinner an sieben Reisetagen bis zu vier Wochen lang 33 europäische Länder mit dem Zug erkunden.

Der nächste Newsletter erscheint am 4. Mai 2023. Darin wird es einen Link zur Verlosung der Interrail-Tickets geben. Bis zum 28. Mai ist die Teilnahme daran möglich. Dafür sind die Registrierung und die Beantwortung einer kurzen Umfrage, ebenfalls verlinkt im Newsletter, erforderlich. Eurodesk möchte unter anderem wissen, welche Themen und Informationen besonders interessant für die Leserinnen und Leser sind.

rausvonzuhaus-Newsletter